

Hiermit wird Rechtsanwalt
von der Kanzlei:

SCHORN

Rechtsanwaltskanzlei

Chausseestraße 105 * 10115 Berlin

Tel.: (030) 411 09 666 * Fax: (030) 417 18 694



Zustellungen werden an das
nebenstehende Büro erbeten!

Vollmacht

in Sachen *.l.*

Steuer-Nr.:

wegen

erteilt.

Der Bevollmächtigte ist insbesondere befugt

zur Vertretung meiner/unsere Interessen in allen mich/uns betreffenden Steuerangelegenheiten vor allen dafür zuständigen Behörden.

Von der Vollmacht umfaßt sind die Einlegung und Zurücknahme von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln, wie z.B. dem Einspruchsverfahren nach § 347 f AO und gerichtlichen Verfahren im Sinne der FGO, das Recht zur Akteneinsicht und die Vertretung in Steuerstraf- und – fahndungsverfahren, sowie etwaige Unterwerfungshandlungen.

Der Bevollmächtigte ist berechtigt einen Vertreter zu bestellen, sowie Untervollmacht zu erteilen.

Steuerbescheide, sonstige Verwaltungsakte einschließlich förmlicher Zustellungen sowie Urteile und gerichtliche Verfügungen sollen ausschließlich den Bevollmächtigten im Sinne des § 80 AO und/oder § 62 FGO bekannt gegeben werden.

Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Bevollmächtigte Geldempfangsvollmacht hat.

Mir wurden die nachfolgenden Informationen zum Datenschutz gem. Art. 13 DSGVO nebst meinen Betroffenenrechten ausgehändigt.

_____, den _____

Auftraggeber

Datenschutzerklärung

Aufklärung gem. Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und Einwilligungserklärung zur Weiterverarbeitung Ihrer Daten gem. Art. 6 DSGVO

Ihr Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten ist:

Rechtsanwalt Ulrich Schorn, LL.M.
Chausseestraße 105
10115 Berlin
Tel: 030 / 411 09 666
Fax: 030 / 417 18 694
E-Mail: info@kanzlei-schorn.de

Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage:

Die Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt gem. Art. 6 Nr. 1 Buchst. b) DSGVO ausschließlich zum Zweck der Rechtsverfolgung im Rahmen des Mandats. Der von mir verfolgte Zweck der Datenverarbeitung ist die Geltendmachung Ihrer Rechte und der Beitreibung Ihrer Forderungen. Die Verarbeitung Ihrer Daten ist für die Erfüllung unseres Vertrags erforderlich, da ich ansonsten das Mandat nicht ordnungsgemäß betreiben könnte und hierzu auch die Kommunikation gehört. Darüber hinaus ist die Datenverarbeitung nach Art. 6 Nr. 1 Buchst. f) DSGVO zur Wahrung meiner berechtigten Interessen oder der eines Dritten erforderlich. Meine berechtigten Interessen bestehen in Zusammenhang mit der Geltendmachung und Beitreibung der Forderung und abschließenden Rechnungslegung.

Datenkategorien und Datenherkunft:

Ich verarbeite nachfolgende Kategorien von Daten: Stammdaten, Kommunikationsdaten, Vertragsdaten, Buchungsdaten, Forderungsdaten, Vermögenswertdaten. Diese Daten werden mir von Ihnen übermittelt.

Empfänger:

Ihre Daten werde ich ausschließlich im Rahmen des Mandats verarbeiten und ggf. folgenden Kategorien von Empfängern, denen die personenbezogenen Daten offenzulegen sein werden, übermitteln, sofern dies zur Geltendmachung der Forderung erforderlich ist: Behörden (z.B. Gerichte, Gerichtsvollzieher, Einwohnermeldeämter), Drittschuldnern, Prozessbevollmächtigten (von Gegnern, Drittschuldnern, sonstigen Dritten), Rechtsanwälten (z.B. Unterbevollmächtigte, Verkehrsanwälte), Abtretungsempfängern, Arbeitgebern, Versicherungen und ggf. weiteren Dritten (z.B. Steuerberater, Finanzamt usw.).

Dauer der Speicherung:

Nach Beendigung der Angelegenheit und Zahlung meiner Gebühren werde ich die nicht gesetzlichen Aufbewahrungspflichten unterliegenden Daten umgehend löschen, im Übrigen die gesetzlichen Fristen zu beachten haben, ehe ich die gespeicherten Daten lösche.

Rechte der betroffenen Person:

Gemäß Art. 15–22 DSGVO stehen Ihnen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu: Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, auf Datenübertragbarkeit. Gemäß Art. 13 Nr. 2 Buchst. c) i.V.m. Art. 21 DSGVO steht Ihnen auch ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung zu, das auf Art. 6 Nr. 1 Buchst. f) DSGVO beruht.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Sie haben gem. Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder meines Kanzleisitzes wenden.